

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veränderungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Veränderungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 185

Donnerstag, den 9. August 1928

23. Jahrgang

Brandherde in Europa

Ein Anschlag auf Raditsch vereitelt.

Wie die Blätter aus Jugoslawien melden, bemerkten gestern früh Kriminalbeamte im Garten der Villa Stefan Raditsch in Ugram zwei ihnen verdächtig erscheinende Männer. Als die Kriminalbeamten sich den beiden näherten, ergriffen diese die Flucht. Die Beamten schossen, trafen jedoch niemand. Trotz eifriger Verfolgung konnten die beiden Männer nicht eingeholt werden. Man nimmt an, daß sie einen Anschlag auf Raditsch beabsichtigten.

Kommt der offene Kampf?

Im jugoslawischen Rumpfparlament, dem ja die kroatischen Abgeordneten fern bleiben, begann gestern die Aussprache über das Regierungsprogramm. Der Führer der serbischen Wauernpartei, Jovanowitsch, früherer Gesandter in Wien und London, erklärte die Ratifikation der Konventionen von Nettuno werde die Gegensätze zwischen Serben und Kroaten immer mehr verschärfen. Am 20. Juni habe die Regierungsmehrheit die kroatischen Abgeordneten mit dem Revolver aus dem Sitzungssaal vertrieben, was in der Geschichte des Parlamentarismus einzig dasthe. Ministerpräsident Korosek warf hier ein, daß nicht die Regierungsmehrheit die kroatischen Abgeordneten vertrieben habe, sondern die Tat eines Einzelmannes. Jovanowitsch erwähnte die Vertreibung der Opposition in der bulgarischen Sobranje, die aber nicht mit Revolvergeschüssen geschehen sei.

Der Konflikt zwischen Serben und Kroaten habe sich dort verschärft, daß es leicht zum offenen Kampfe kommen könne, was furchtbare Folgen haben werde.

Das Verbrechen des 20. Juni habe der bürgerlich-demokratischen Koalition das moralische Recht gegeben, Genugtuung zu verlangen.

Französische Besorgnisse.

Die politische Entwicklung in Jugoslawien wird in Paris mit wachsender Besorgnis verfolgt. Die Pariser Presse macht darauf aufmerksam, daß von den 315 Mitgliedern des Parlamentes nur 180 augenblicklich an den Verhandlungen teilnehmen und daß inselgesondert die Ratifikation des Abkommens, für die im besten Falle knapp 50 Prozent der Abgeordneten stimmen werden, der notwendigen Autorität entbehre. Infolgedessen könne man auch von dem Entgegenkommen der Belgrader Regierung kaum eine wirkliche Entspannung in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien erwarten.

„Echo de Paris“ gibt sogar der Befürchtung Ausdruck, daß die traditionelle Feindschaft der Kroaten gegen Italien, die zu ihrem Konflikt mit den Serben geführt hat, eines Tages zum Bindeglied zwischen den streitenden Bruderstämmen werde, und daß man in Belgrad versucht sein könnte, die Wiederherstellung des inneren Friedens durch die Schaffung einer geschlossenen Front gegen den gemeinsamen äußeren Feind zu versuchen.

Keine italienischen Truppenansammlungen an der jugoslawischen Grenze.

Die italienische Botschaft in Berlin teilt mit: Die Nachrichten über angebliche italienische Truppenansammlungen an der jugoslawischen Grenze entbehren jeder Grundlage und sind als tendenziös zu bezeichnen.

Die Legionärstagung in Wilna.

Es gilt als sicher, daß Marschall Pilsudski an der für den 12. August angelegten Legionärstagung in Wilna teilnehmen wird. In Wilna werden bereits große Vorbereitungen getroffen, um den Marschall und die aus dem ganzen Lande herbeiströmenden Legionäre zu empfangen. Die von ganz Polen mit Spannung erwartete Rede des Marschalls wird am Legionärstag um 6 Uhr abends gehalten werden.

Empfang, den die beiden Gegner Pilsudskis, die Generale Sikorski und Josef Haller, in Paris erfahren haben, hingewiesen, was bei den jetzt leitenden polnischen Militärführern sehr verstimmend gewirkt hat.

Amerika in Verlegenheit.

Der russische Wunsch nach Beteiligung am Kellogg-Pakt scheint in Amerika eine gewisse Verlegenheit hervorgerufen zu haben. Die „New Yorker Herald and Tribune“ schreibt, daß man im Staatsdepartement in Washington befürchte, das Erscheinen der Sowjetvertreter in Paris bei der Unterzeichnung des Kellogg'schen Kriegsschlichtungspaktes könne als eine stillschweigende Anerkennung der Sowjetregierung aufgefaßt werden.

„New York World“ bemerkt hierzu, Staatssekretär Kellogg befinde sich tatsächlich in einer Verlegenheit, denn ohne die Einladung Russlands würde sich sein Vertrag etwas merkwürdig ausnehmen, da ein Vertrag, der die vollstreckte Nation Europas ausschliesse, ein sonderbares Abkommen darstelle. Bude Kellogg jedoch Rußland ein, so würde sich die Politik einer diplomatischen Ignorierung Russlands etwas merkwürdig ausnehmen.

Man will sich anscheinend in Washington dadurch aus der heiklen Lage helfen, daß man unter allen Umständen den Vertrag erst nach der 15. zunächst vorgesehenen Mächte unterzeichnen lassen will. Aus Washington wird nämlich ferner gemeldet:

Die aus Moskau kommenden Erklärungen von Beamten der Sowjetregierung, welche andeuten, daß die russischen Behörden bezüglich des Kellogg-Paktes eine abwartende Haltung einnehmen wollen, haben durchaus verfehlt, das besondere Interesse des Staatsdepartements zu erwecken. Nach der Unterzeichnung des Vertrages in Paris durch die 15 ursprünglichen Mächte wird der Vertrag Kraft seiner eigenen ausdrücklichen Bestimmungen zum allgemeinen Beitritt freigegeben. Falls die Moskauer Regierung nach diesem Zeitpunkt wünscht, die Verpflichtung auf den Krieg als ein Instrument der nationalen Politik zu unterschreiben, so werden diesem Wunsche seitens der Washingtoner Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Obwohl der Entwurf des Kellogg-Paktes die Hinterlegungsstelle der Ratifizierungsurkunden nicht ausdrücklich bezeichne, so nehme man selbstverständlich an, daß Frankreich diese Rolle übernehmen werde, da ja der Vertrag in Frankreich unterzeichnet werde. Aus diesem Grunde könne die Washingtoner Regierung auch nicht in die Notwendigkeit verlegt werden, in irgendwelche offizielle Verbindung mit Moskau zu treten.

Der Reichspräsident fährt nach Kiel.

Der Reichspräsident begab sich gestern abend nach Kiel, um dort an dem Kaiserfesten der Flotte teilzunehmen.

120 Kilometer Eisenbahnhöchstgeschwindigkeit.

Eine neue Eisenbahnbetriebsordnung.

Der Reichsverkehrsminister von Gérard hat eine Verordnung über die Einführung einer neuen Eisenbahnbau- und Betriebsordnung erlassen. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober in Kraft.

Sie enthält Bestimmungen über die Bahnanlagen, die Fahrzeuge, den Bahnbetrieb, die Bahnpolizei und schließlich Bestimmungen für das Publikum. Die Betriebsordnung gilt für alle dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen Deutschlands.

Unter den Vorschriften befinden sich wichtige Bestimmungen zur Sicherheit der Reisenden. So wird u. a. verordnet, daß die Bahn so zu unterhalten ist, daß jede Strecke ohne Gefahr mit der größten für sie zugelassenen Geschwindigkeit befahren werden kann. Die Bahn muß auf den Hauptbahnen jeden Tag, auf den Nebenbahnen jeden zweiten Tag auf ihren ordnungsmäßigen Zustand untersucht werden. Zur Unterhaltung der Bahn dürfen Frauen nicht verwendet werden. Gefährliche Stellen sind während der Dauer des Betriebes zu beaufsichtigen.

Die Weichen, die mit den für die Fahrt gültigen Signalen nicht in Abhängigkeit stehen oder deren Abhängigkeit vorübergehend aufgehoben ist, müssen wenn ein Zug gegen ihre Spitze fährt, durch Verschluss oder Bewachung gegen fremden Eingriff gesichert werden.

Betterhin ist in der Betriebsordnung die Fahrgewindigkeit

vorgeschrieben. Als größte Geschwindigkeit sind zugelassen auf den Hauptbahnhöfen für Personenzüge ohne durchgehende Bremse 60 Kilometer in der Stunde, für Personenzüge mit durchgehender Bremse 100 Kilometer in der Stunde. Unter besonders günstigen Verhältnissen kann die Bahnaufsichtsbehörde Geschwindigkeiten bis zu 120 Kilometer in der Stunde zulassen. Für Güterzüge und einzelne Lokomotiven beträgt die Höchstgeschwindigkeit 60 Kilometer in der Stunde, für Arbeitszüge 40 Kilometer.

Sozialismus gegen Kommunismus.

Der Internationale Sozialistenkongress in Brüssel.

In der gestrigen Sitzung des Internationalen Sozialistenkongresses in Brüssel, dessen Vorsitz der russische Delegierte Abramowitsch innehat, erhob Filippo Turati Anklage gegen den Faschismus und schilderte ausführlich die Leiden der im Lande gebliebenen Italiener. Er schloß, indem er erklärte, daß nur der Sozialismus den Faschismus bekämpfen könne.

Der russische Delegierte Dan führte aus: Es ist die Pflicht der Sozialisten, den bolschewistischen Militarismus zu bekämpfen, ohne sich indessen mit den Reaktionen zu verbinden. Die bolschewistische Diktatur ist eine Krankheit, die durch den Zusammenschluß aller Arbeiter geheilt werden muß.

Bugton (England) sagte: Die englische Arbeiterpartei interessiert sich nicht in dem gleichen Maße wie die Vorredner für den Faschismus und den Kommunismus, zwei Erscheinungen, die ausschließlich die innere Politik derjenigen Länder angehen, in denen sie auftreten.

Das französisch-englische Flottenabkommen.

Die Agentur Havas teilt mit: Der Text des französisch-britischen Flottenabkommens wird demnächst, und zwar wahrscheinlich gleichzeitig in Frankreich und in England, veröffentlicht werden.

Kleine politische Nachrichten.

Chamberlain geht nicht nach Genf.

Chamberlain ist infolge seiner kürzlichen Erkrankung gezwungen, sich erst vollkommen zu erholen. Lord Cuffsbun ist zum stellvertretenden Staatssekretär des Außenwesens ernannt worden und wird Chamberlain auch auf den bevorstehenden Tagungen des Völkerbundes und der Völkerbundsversammlung vertreten.

Kanada braucht Einwanderer.

Der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King erklärte in einer Rede, Kanada brauche Einwanderer und sei bereit, sie willkommen zu heißen, wenn sie bestimmten physischen und geistigen Anforderungen genügen. Er fügte hinzu, Kanada wünsche in erster Linie britische Einwanderer, dann diejenigen aus den Vereinigten Staaten und aus den nordamerikanischen Ländern, während die Einwanderung aus anderen Ländern begrenzt werden solle, um künftige Klassenprobleme zu vermeiden. Die Bewohner der Länder, deren klimatische und sonstige Verhältnisse denjenigen Kanadas gleichen, kämen zuerst in Betracht.

In London haben sich etwa 8000 Arbeiter auf den Arbeitsbüros für Erntearbeiten in Kanada eingetragen lassen. Die Eintragung steht in Verbindung mit dem Regierungsplan, 10 000 Arbeiter mit Unterstützung des Staates nach Kanada zu senden, damit sie bei der außergewöhnlich reichen Ernte helfen. Den Arbeitern wird freigestellt, im Winter nach Großbritannien zurückzukehren, doch erwartet man, daß sich die Mehrzahl in Kanada ansiedeln wird.

Spanien und der Völkerbundsrat

Ein Schritt Deutschlands, Frankreichs und Englands.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretariats des Völkerbundes haben die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Englands zur Erleichterung der Rückkehr Spaniens in den Völkerbund beim Generalsekretär telegraphisch einen einleitenden Schritt zum Zwecke der ausnahmsweisen sofortigen Wiederwählbarkeit Spaniens unternommen, das, wie mit Bestimmtheit angenommen werden darf, nach Wiederaufnahme seiner Mitarbeit im Völkerbund von der nächsten Bundesversammlung als nichtständiges Mitglied, d. h. zunächst für drei Jahre in den Völkerbundsrat gewählt werden wird. Zu diesem Zwecke haben die genannten Regierungen den Antrag gestellt, auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundsversammlung noch die Frage der ausnahmsweisen Anwendung der Uebergangsbestimmungen zu dem 1928 beschlossenen Wahlverfahren auch auf die diesjährigen Wahlen zu legen. Nach dieser Uebergangsvorschrift, die im Jahre 1928 Brasilien, Polen und Spanien zugute kommen sollte, konnte ausnahmsweise die Wiederwählbarkeit Spaniens als nichtständiges Mitglied schon gleichzeitig mit seiner Wahl in den Rat erfolgen. Nach dem Rücktritt Spaniens und Brasiliens konnte jedoch damals nur Polen die Vorteile dieser Uebergangsvorschrift genießen, indem es als einziges nichtständiges Mitglied gleichzeitig mit seiner Wahl sofort für wiederwählbar erklärt wurde. Nach der Zurückziehung der spanischen Austrittserklärung erscheint es den drei Regierungen ein Gebot der Gerechtigkeit, daß Spanien nachträglich in den Genuss der gleichen Vergünstigung gesetzt werden kann. Wenn die Wiederwählbarkeit Spaniens, was man hofft, im September gleichzeitig mit seiner Wahl in den Rat von der Bundesversammlung beschlossen wird, so wäre das ein erfreulicher Beweis der Sympathie, mit der die Bundesversammlung die Rückkehr Spaniens in den Völkerbund begrüßt. Deutschland hat in dieser Angelegenheit vor allem das Interesse an der Universalität des Völkerbundes und kann namentlich die Rückkehr eines so bedeutenden, im Kriege neutral gebliebenen Staatswesens in den Rat nur begrüßen. Andererseits entspricht es auch dem Charakter seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Spanien, daß Deutschland für dessen Wünsche eintritt.

Erkaltende Liebe?

Verminderung der französischen Militärmission in Warschau.

In diesen Tagen verläßt der Chef der polnischen höheren Kriegsschule, der französische Generalstabschef Falry, Polen. Zu seinem Nachfolger ist ein polnischer General bestimmt. Gleichzeitig verlassen noch zwölf andere französische Offiziere Polen, die nur teilweise durch neue französische Offiziere ersetzt werden, so daß die französische Militärmission wesentlich verringert wird. — In verschiedenen polnischen Kreisen wird die Tatsache der auffälligen Verminderung der französischen Militärmission sehr beachtet und zum Teil als Reibungen zwischen den französischen und polnischen Militärs zurückgeführt. In diesem Zusammenhang wird noch auf den besonders herzlichen